



CDU

ReGeneration: Wachstum 2.0

**Nachhaltige und generationengerechte Politik
für Baden-Württemberg**

Beschluss
des 56. Landesparteitag
der CDU Baden-Württemberg



Nachhaltigkeit ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit. So wie unsere Eltern und Großeltern durch ihre Aufbauleistung die Grundlage für den großartigen Erfolg von Baden-Württemberg gelegt haben, tragen wir heute die Verantwortung für unsere Kinder und die zukünftigen Generationen. Auch sie sollen in einem attraktiven und lebenswerten Land, in stabilen gesellschaftlichen Verhältnissen und in einer intakten Umwelt leben können.

Um diese Vision realisieren und finanzieren zu können, brauchen wir auch in Zukunft Wachstum. Wir müssen jedoch erkennen, dass das Wachstum unserer Volkswirtschaft nicht mehr unverändert in der Art weitergehen kann wie in den zurückliegenden Jahrzehnten. Wir brauchen eine neue Art des Wachstums, ein Wachstum, das die Bedürfnisse nachfolgender Generationen ernst nimmt und sicherstellt. Wir brauchen ein Wachstum, das dem Grundsatz der Nachhaltigkeit verpflichtet ist und die natürlichen Lebensgrundlagen auf Dauer nur in dem Maße in Anspruch nimmt, wie diese sich wieder regenerieren können.

Mit diesem Beschluss **ReGeneration: Wachstum 2.0** wollen wir die Idee der Nachhaltigkeit stärken. Dort wo wir Verantwortung tragen, wollen wir neue Impulse geben, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten und den Herausforderungen unserer Zeit infolge der Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen, des demografischen Wandels, der nachweisbaren Veränderung des Klimas auf der Erde und der Verknappung von Rohstoffen und Energieträgern zu begegnen.

Wir wollen diese Politik gemeinsam mit der Wirtschaft in unserem Land durchsetzen. Sie muss im Einklang mit ihr - im Sinne einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft - gestaltet werden.

I. Staatsfinanzen / Staatsverschuldung

1. Handlungsspielräume für künftige Generationen erhalten

Der Schuldenstand aller öffentlichen Haushalte in Deutschland hat mit 1,5 Billionen Euro ein kaum vorstellbares Ausmaß erreicht. Obwohl die Pro-Kopf-Verschuldung Baden-Württembergs mit 3.824 Euro im Vergleich mit den anderen Ländern noch relativ gering ist, steht auch das Land vor einem Schuldenberg in Höhe von 41 Milliarden Euro. Hinzu kommen noch die zukünftig steigenden Pensionszahlungen, die die öffentlichen Haushalte vor große Herausforderungen stellen. Auch die Infrastruktur muss mit der dynamischen Entwicklung des Landes Schritt halten, um die erreichte Spitzenstellung Baden-Württembergs zu sichern und auszubauen. Die demografische Entwicklung sowohl in Deutschland als auch in Baden-Württemberg zeigt eine zunehmend älter

werdende Gesellschaft. Das bedeutet, dass in Zukunft immer weniger Menschen im aktiven Erwerbsleben stehen. Die Bewältigung dieser schweren Aufgaben liegt daher vor allem auch bei den nachfolgenden Generationen. Wir müssen daher sicherstellen, dass auch zukünftigen Generationen in Baden-Württemberg noch eigener Handlungsspielraum verbleibt. Wir stellen uns dieser Aufgabe, indem wir für eine nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik in Baden-Württemberg eintreten.

2. Haushaltskonsolidierung

Im Interesse unserer Kinder und Enkel steht die Haushaltskonsolidierung an erster Stelle. Wir müssen mit unseren finanziellen Ressourcen verantwortungsvoll und vorausschauend haushalten. Dies bedeutet, dass der Staat mit seinen verfügbaren Mitteln auskommt, und zwar auf Dauer. 2008 wird das Land dieses Ziel erreichen und einen ausgeglichenen Haushalt haben.

Aber damit nicht genug: Wir wollen im Jahr 2008 zudem in die Tilgung von Altschulden eintreten. Der Haushalt 2008 markiert damit eine finanzpolitische Zeitenwende für das Land Baden-Württemberg. Was Ende des Jahres 2007 an Schulden im Landeshaushalt da ist, soll künftig auf Dauer nicht mehr überschritten werden.

Mit dem Einstieg in die Tilgung von Altschulden schaffen wir neue Spielräume für die Zukunft. Weniger Schulden bedeuten Jahr für Jahr weniger Zinslasten im Landeshaushalt. Wir haben damit in finanziell schwierigeren Zeiten aber auch Reserven für notwendige Ausgaben, ohne auf Dauer die Ende 2007 erreichte Obergrenze zu übertreten.

Wir wollen, orientiert an den Ergebnissen der Föderalismuskommission II, unser Ziel einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung mit einem grundsätzlichen Neuverschuldungsverbot für Baden-Württemberg verbindlich in der Landesverfassung regeln.

Zur Haushaltskonsolidierung gehört auch, dass der Staat die von ihm wahrgenommenen Aufgaben kritisch hinterfragt. Damit stehen wir vor der grundsätzlichen Entscheidung, wie in Zukunft die Kompetenzen in unserem Gemeinwesen verteilt werden. Im Klartext: Wofür soll der Staat noch zuständig sein? Wir müssen uns dieser Aufgabenkritik stellen. Denn nur so können wir die knappen Mittel noch zielgerichteter in Zukunftsaufgaben investieren. Wir müssen die richtigen Schlussfolgerungen aus der demografischen Entwicklung ziehen. So werden in Zukunft in vielen Bereichen aufgrund der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung Mittel freigesetzt. Generationengerechtigkeit bedeutet, dass wir diese "demografische Rendite" den künftigen Generationen zur Verfügung stellen.

Zu konsequenter Aufgabenkritik gehört auch, Subventionen zu hinterfragen. Unsere knappen Mittel dürfen nur dort eingesetzt werden, wo sie auch wirklich gebraucht werden.

Für die Zukunft unseres Landes treten wir für eine dauerhafte Haushaltskonsolidierung ein. Dazu müssen wir auch Vorsorge treffen. Im Jahr 2020 bezahlen wir fast das Doppelte an Pensionen im Vergleich zu heute. Dies schränkt den finanziellen Handlungsspielraum weiter ein. Wir wollen die Pensionäre nicht um die Früchte ihrer Arbeit bringen, sondern müssen jetzt die Weichen für eine gesicherte Altersvorsorge stellen. Nur wenn wir unsere finanzielle Handlungsfähigkeit aufrechterhalten, werden wir unserer Verantwortung gegenüber den Pensionären und den zukünftigen Generationen gerecht werden. Aus diesem Grund unterstützen wir die Einführung eines Pensionsfonds und plädieren für die Einstellung der Pensionsverpflichtungen des Landes in den Haushalt.

Damit stellen wir die Pensionen auf ein solides Fundament und federn die künftigen Haushaltsbelastungen ab.

3. Finanzverfassung

Die föderale Finanzverfassung hat in ihrer bisherigen Ausprägung das Entstehen der hohen Staatsverschuldung nicht verhindert. Auch der bisher von unserem Land erbrachte Beitrag von über 40 Milliarden Euro im Länderfinanzausgleich änderte nichts daran, dass sich die Haushaltslage in vielen Ländern teilweise dramatisch verschlechtert hat. Wir müssen daher geeignete Instrumentarien und Kontrollmechanismen entwickeln. Die Föderalismusreform II bietet dafür die geeignete Plattform. Wir treten dafür ein, dass die Finanzbeziehungen in Deutschland auf eine neue Grundlage gestellt werden. Wir fordern ein Verschuldungsverbot für alle Länder und für den Bund. Dies kann durch eine entsprechende Regelung im Grundgesetz erreicht werden. Die Lage aller öffentlichen Haushalte muss durch ein unabhängiges Gremium, einen "Stabilitätsrat", überwacht werden. Außerdem halten wir bei Verstößen Sanktionsmechanismen für erforderlich. Schlechtes Wirtschaften darf unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit nicht ohne Folgen bleiben. Diese Verantwortlichkeit setzt aber auch die Möglichkeit für die Länder voraus, aus eigener Kraft ihre finanzielle Lage zu verbessern. Sie benötigen Gestaltungsmöglichkeiten sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben. Denkbar sind Hebesatzrechte bei bestimmten Steuerarten oder die Autonomie der Gesetzgebung bei den Steuerarten, deren Aufkommen ausschließlich den Länderhaushalten zufließt, sowie die Möglichkeit zur eigenverantwortlichen Gestaltung von Standards, um die Höhe ihrer Ausgaben selbst bestimmen zu können. Hierbei ist selbstverständlich, dass bestimmte Mindeststandards garantiert werden.

II. Klimaschutz / Klimapolitik

1. Klimaschutz: Globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts

Der Klimawandel ist die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Als politisch führende Kraft in Baden-Württemberg will deshalb die CDU in Verantwortung für die gegenwärtige und die zukünftigen Generationen den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel aktiv gestalten. Sie will entscheidend dazu beitragen, die Erfordernisse des Klimaschutzes mit der Bewahrung des Wohlstandes und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in Einklang zu bringen. Dies setzt voraus, dass wir ökologisch und ökonomisch effizient handeln. Für uns Christdemokraten heißt Klimaschutz: Bewahrung der Schöpfung.

Klimaschutz und Strategien zur Anpassung an den Klimawandel sind nicht nur Maßnahmen des Umweltschutzes, sondern haben auch eine hohe ökonomische Relevanz. Sie bieten Chancen für Wachstum und Beschäftigung der baden-württembergischen Wirtschaft, auch und insbesondere im Mittelstand. Die Wirtschaft braucht jedoch gerade beim Klimaschutz klare, langfristige und verbindliche Rahmenbedingungen.

Klimaschutz muss sofort und konsequent über alle Politikfelder hinweg betrieben werden. Investitionen, die heute nicht getätigt werden, kosten uns zukünftig ein Vielfaches. Staat, Wirtschaft und Verbraucher sind gleichermaßen gefordert, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung ihren Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgase zu erbringen.

Grundvoraussetzung für einen wirksamen Klimaschutz sind weltweite Anstrengungen aller Staaten. Erforderlich ist deshalb eine Doppelstrategie: Unterstützung und Impulse für sinnvolle und notwendige weltweite, europäische und nationale Aktivitäten auf der einen Seite, vorbildliche Initiativen in Baden-Württemberg auf der anderen Seite.

2. International und national neue Impulse geben

Auf internationaler und europäischer Ebene werden wir uns dafür einsetzen, dass ein fortentwickelter Emissionshandel zu einer gemeinsamen europäischen und amerikanischen Plattform wird, an der auch die neuindustrialisierten Länder wie China und Indien teilhaben. Anzustreben ist eine für alle EU-Mitgliedsstaaten verbindliche vollständige Auktionierung von Zertifikaten ab der nächsten Handelsperiode. Der Erlös ist zur Finanzierung von Forschung und Etablierung von umweltfreundlichen Technologien und technischem Umweltschutz einzusetzen. Dies kommt auch den Entwicklungsländern zu gute.

Der Flugverkehr muss so schnell wie möglich in den europäischen Emissionshandel einbezogen werden. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, sind dabei alle Flüge von europäischen und außereuropäischen Fluggesellschaften durch den europäischen Luftraum zu erfassen. Im Flugverkehr sind zwischen 20% und 50% der Zertifikate auf dem Wege der Auktionierung abzugeben. Das Aufkommen soll zur Senkung von Steuern und Abgaben von umweltfreundlichen Verkehrssystemen verwendet werden. Als Übergangslösung fordern wir die Erhebung einer Ticketabgabe auf alle Flüge.

Bei allen energieverbrauchenden Geräten ist europaweit die Kennzeichnung in Energieeffizienzklassen verbindlich einzuführen. In regelmäßigen Abständen hat dabei eine Neubewertung der Effizienzklassen mit den jeweils besten verfügbaren Produkten zu erfolgen. Nur so kann dem „Top-Runner-Ansatz“ Genüge getan werden. Der Verkauf von Geräten, die gewisse Mindeststandards nicht erreichen, ist europaweit zu verbieten. Stand-By-Funktionen müssen eine Komplettabschaltung ermöglichen. Der Stromverbrauch dieser Geräte ist nach maximalem, durchschnittlichem und Stand-By-Stromverbrauch auszuweisen. Wir begrüßen die Initiative des Bundes und die eingeführten Förderprogramme zur Sanierung von Altbauten, da dort ein großes Potenzial zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes vorhanden ist. Die CDU Baden-Württemberg hält es darüber hinaus für notwendig, einen klaren ordnungsrechtlichen Rahmen für die Sanierung von Altbauten zu schaffen. So ist insbesondere die Energieeinsparverordnung mit dem Ziel zu novellieren, den Energieverbrauch von Gebäuden weiter zu senken.

Die CDU Baden-Württemberg spricht dafür aus, dass die Kosten einer energetischen Sanierung von Wohngebäuden sozialverträglich auf die Kaltmieten umgelegt werden können.

Mobilität ist auch in Zukunft Grundbedingung für eine freie Gesellschaft und ein funktionierendes Wirtschaftsleben. Deshalb wollen wir das Wirtschaftswachstum vom Verkehrszuwachs und den Verkehrszuwachs vom CO₂-Ausstoß entkoppeln. Der ÖPNV und das Radwegenetz sind weiter auszubauen, um die Attraktivität umweltfreundlicher Verkehrsmittel zu steigern. Zudem sind die Bahnnetze international zu verbinden, so dass die Bahn für Güter, Geschäfts- und Tourismusreisen eine chancenreiche Alternative zu Lkw, Pkw und Flugzeug wird.

Die chronische Überlastung unserer Verkehrswege verschlimmert sich täglich und schädigt Verkehrsteilnehmer wie Wirtschaft gleichermaßen. Staus und zähfließender Verkehr verursachen zum einen volkswirtschaftliche Schäden, zum anderen aber auch hohe Umweltbelastungen, wie beispielsweise Lärm und Feinstaubemissionen in den Städten und Dörfern, durch die der Verkehr fließt. Um Anwohner und Umwelt zu entlasten, fordert die CDU Baden-Württemberg die Bundesregierung auf, die Investitio-

nen im Bundeshaushalt für den Straßenbau signifikant zu erhöhen, damit zum einen Autobahn-Engpässe abgebaut werden können, aber vor allem die planfestgestellten Umgehungsstraßen realisiert werden können, damit die Menschen in vielen Städten und Dörfern im Land wieder aufatmen können.

Daneben brauchen wir verkehrslenkende Maßnahmen, Anreize für die Entwicklung sparsamer Motoren, alternativer Antriebstechniken sowie den verstärkten Einsatz alternativer Treibstoffe wie Erdgas, Biodiesel, Bioethanol, naturbelassene Pflanzenöle oder Wasserstoff. Dazu gehören auch attraktive Preise und mehr Wettbewerb innerhalb des Biokraftstoffmarkts. Bei der Nutzung von Energiepflanzen setzen wir uns dafür ein, dass ausschließlich solche Produkte zugelassen werden, bei denen eine nachhaltige Erzeugung zertifiziert wurde. Die Landesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Steuerentlastung für Biokraft- und Bioheizstoffe wiederhergestellt wird. Darüber hinaus ist Erdgas als Kraftstoff zum gewerblichen Betrieb von Schiffen von der Steuer zu befreien.

Bei konkurrierenden Nutzungsansprüchen an nachwachsenden Rohstoffen bevorzugt die CDU diejenige Nutzung, die am stärksten zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes beiträgt.

Die Höhe der Kfz-Steuer soll sich künftig am CO₂-Ausstoß orientieren. Als Ideallösung streben wir die Abschaffung der Kfz-Steuer und die Erhebung einer entsprechend erhöhten, europaweit einheitlichen Mineralölbesteuerung an.

Bei der deutschen Automobilindustrie setzen wir auf deutliche Fortschritte bei der Leichtbautechnik und auf CO₂-arme Antriebstechniken. Diese technischen Herausforderungen soll gerade die baden-württembergische Automobilindustrie annehmen, um ihre weltweite Spitzenstellung zu behaupten und auszubauen. Wegen der auch zukünftig steigenden Fahrleistungen müssen die CO₂-Werte von Automobilen gedeckelt werden. Dabei darf es allerdings keinen einheitlichen Grenzwert für alle Fahrzeugklassen geben, da sonst höherklassige Fahrzeuge quasi verboten würden, kleine Fahrzeugtypen hingegen überhaupt keine Fortschritte erzielen müssten. Deshalb sprechen wir uns für unterschiedliche, aber ehrgeizige CO₂-Emissionsgrenzen in den jeweiligen Fahrzeugklassen aus, um das europäische Ziel, den Flottendurchschnitt von 130g CO₂/km für Neufahrzeuge, bis 2012 zu erreichen.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat als Förderinstrument die erneuerbaren Energien im Strombereich vorgebracht. Es soll mit dem Ziel weiterentwickelt werden, die erneuerbaren Energien wettbewerbsfähiger zu machen. Ein Schritt in die richtige Richtung wäre neben dem Degressionsmodell die schrittweise Einführung eines Bonusmodells (keine festen Einspeisevergütungen, sondern Marktpreise plus Bonus,

der nach Energieart und deren Effektivität ausgestaltet werden muss). Wirtschaftlichkeit und Energiebilanz von alternativen Energieerzeugungsanlagen sind auch unter Berücksichtigung von Herstellungsaufwand und Lebensdauer der Anlage ständig zu überprüfen. Dabei ist auch die Versorgungssicherheit mit zu berücksichtigen.

Bei der Modernisierung des Kraftwerkparcs in Deutschland kommt der Effizienzsteigerung entscheidende Bedeutung zu. Dies kann nur erreicht werden, wenn neue Kraftwerke, die alte ersetzen, deutlich geringere spezifische Schadstoff- und CO₂-Emissionen aufweisen. Zudem sollten sie die Technik der Kraft-Wärme-Kopplung anwenden und für die Nutzung der CO₂-Abscheidung vorbereitet sein. Erneuerbare Energien und dezentrale Konzepte mit hohem Wirkungsgrad sind zu stärken. Ziel ist es, auch im konventionellen Bereich die mittelfristige CO₂-Freiheit anzustreben.

Die CDU Baden-Württemberg sieht das geplante Landesgesetz zur Wärmeerzeugung durch erneuerbare Energien als vorbildlich an. Es soll die Bundesregierung motivieren, so schnell wie möglich gleiche Regelungen für das gesamte Bundesgebiet einzuführen, um insgesamt zu höheren CO₂-Einsparungen zu kommen. Zudem spricht sich die CDU Baden-Württemberg für eine verbesserte Förderung der Nutzung regenerativer Wärme durch den Bund aus. Dabei ist auf das bewährte Marktanzreizprogramm aufzubauen. Ziel muss sein, künftig jeden gestellten Förderantrag, der die Voraussetzungen erfüllt, berücksichtigen zu können. Hierzu bedarf es einer erheblichen Aufstockung der Mittel. Wir sprechen uns dafür aus, einen Teil der aus der beschlossenen Auktionierung von CO₂-Zertifikaten zu erwartenden Erlöse (Gesamtaufkommen ca. 500 Mio. Euro) hierfür einzusetzen.

3. Baden-Württemberg: Vorreiter im Klimaschutz

Die CDU Baden-Württemberg nimmt für unser Land die Herausforderung des Klimaschutzes mit gestaltendem Willen an. Wir setzen dabei auf die Fortentwicklung der erneuerbaren Energien, eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz und energiesparende Techniken. Dabei darf das Ziel einer ausreichenden Energieversorgung zu international wettbewerbsfähigen Preisen nicht aus den Augen verloren werden.

Der Orientierungsrahmen für unser Handeln in Baden-Württemberg ist eine Reduktion des Energieverbrauchs Pro-Kopf der Bevölkerung bis 2020 um 20 %, ein Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2020 von mindestens 25 % sowie eine Senkung des CO₂-Ausstoßes bis 2012 um 2 bis 4 Mio. Tonnen allein durch landesspezifische Maßnahmen.

Mit der von der Landesregierung ins Leben gerufenen Nachhaltigkeitsstrategie soll die Chance ergriffen werden, das Themenfeld Energie und Klimaschutz breit in der Bevöl-

kerung zu verankern, aber auch konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung des Klimaschutzes zu initiieren. Im Rahmen einer PR-Kampagne sollen Wohnungsbaugesellschaften, Gewerbe- und Industriebetriebe sowie Städte und Gemeinden zur Umsetzung klimaschonender Projekte bewegt und beraten werden.

Die CDU Baden-Württemberg hält es in diesem Zusammenhang für unabdingbar, dem Klimaschutz höhere Priorität einzuräumen und die für den Klimaschutz bereitgestellten Haushaltsmittel zu verstetigen. Sinnvoll in den Klimaschutz investiertes Geld wird später seine Rendite bringen. Im investiven Bereich soll nicht nur bei der Öffentlichen Hand das Instrument des Energiespar-Contracting eine wichtige Rolle spielen. Dabei sind die Stadtwerke und große Energieversorgungsunternehmen wichtige Partner.

Wer vorbildlich sein will, muss auch vorbildlich handeln. Die CDU Baden-Württemberg fordert deshalb die Landesregierung auf, ihre Altbauten energetisch zu sanieren und Neubauvorhaben des Landes -wo technisch möglich- in Passiv-Bauweise oder zumindest in ambitionierter Niedrigenergiebauweise zu errichten. Neue Regierungsgebäude müssen eine Leuchtturmfunktion erfüllen. Darüber hinaus ist anzustreben, die vorhandenen Fördermittel für eine flächendeckende Energieberatung einzusetzen und zu verstetigen.

Baden-Württemberg hat in der Klimaforschung eine Vorreiterrolle eingenommen. Die Projekte „Klimawandel – Auswirkungen, Risiken und Anpassung“ (KLARA) und „Klimaveränderung und Konsequenzen für die Wasserwirtschaft“ (KLIWA) haben zu wichtigen Erkenntnissen für die Anpassung geführt. Notwendig ist es jetzt, diese Erkenntnisse in die tägliche Praxis umzusetzen, dies gilt insbesondere für die Hochwasserschutzmaßnahmen. Die dafür notwendigen Mittel sollten bereitgestellt werden. Die dafür notwendigen Mittel sind bereitzustellen. Das Projekt KLARA ist weiter zu verfolgen und zeitlich auszuweiten, insbesondere die regionalspezifischen Auswirkungen sind näher zu analysieren.

Eine integrierte Energie- und Klimapolitik basiert auf den drei Variablen Klimaschutz, Bezahlbarkeit und Sicherheit. Die Kernenergie muss für eine Übergangszeit Bestandteil des Energiemixes bleiben. Die Betriebsdauer von Kernkraftwerken sollte sich ausschließlich an der Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus jeder Anlage ausrichten. Ein Ausstieg aus der Kernenergie entsprechend dem geltenden Ausstiegsszenario ließe sich bis 2020 klimaneutral nicht bewältigen und würde deshalb den Ausbau der Kohleverstromung und damit eine deutliche Steigerung der CO₂-Emissionen bedeuten. Die Rücknahme der Laufzeitverkürzung ist in einer verbindlichen Vereinbarung mit den Betreibern zu regeln, in der diese sich verpflichten mindestens die Hälfte der zusätzlich generierten Gewinne in einen Fonds einzubezahlen. Der Fond soll in der Verantwortung der öffentlichen Hand stehen. Er soll die Forschung und den Ausbau

erneuerbarer Energien gerade auch im Bereich des Mittelstandes sowie die Forschung und Entwicklung von Speichertechniken fördern und finanzieren. Ziel der Maßnahmen soll insbesondere die Förderung der größtmöglichen Dezentralität der Energieerzeugung sein. Damit werden ökologische Risiken reduziert, Effizienzgewinne durch bessere Nutzung von Abwärme erzielt, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Fläche geschaffen und der von der CDU vertretene Grundsatz der Subsidiarität gestärkt.

Um das langfristige Klimaschutzziel, die Vermeidung von 50 % der CO₂-Emission bis 2050 zu erreichen, müssen geeignete Maßnahmen und Technologien noch entwickelt werden. Die Forschung in den Bereichen Energieerzeugung, Energiespeicherung, Energietransport und Energieeffizienz wird deshalb beim Klimaschutz eine zentrale Bedeutung haben. Für das Hochtechnologieland Baden-Württemberg ist deshalb der Bereich Energie, Forschung und Lehre deutlich zu stärken. Auch Know-how und Spitzenforschung im Bereich Kerntechnik soll in Baden-Württemberg erhalten bleiben. und die wissenschaftliche Erkundung und Nutzung der Erdwärme als Zukunftsenergie nachhaltig gefördert werden.

III. Folgen des demografischen Wandels für Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt

1. Ausgangslage

Nachhaltigkeit bedeutet auch in der Politik, dass Ziele über Wahlperioden hinaus gesetzt und von Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt in einem fortlaufenden Prozess verwirklicht werden.

Die Wirtschaft und die Arbeitnehmer in Baden-Württemberg gehören überwiegend zu den Gewinnern der Globalisierung. Allerdings ändern sich die Bedingungen für die Wirtschaft seit Jahren immer schneller. Wirtschaft und Arbeitswelt stecken mitten im Übergang von der Industrie- zur globalen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Entscheidend wird es für unsere Unternehmen im Land darauf ankommen, auf dem Weltmarkt sowohl Waren als auch Dienstleistungen wettbewerbsfähig anbieten zu können. Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze wird es in Baden-Württemberg in Zukunft nur dann geben, wenn möglichst viele Teile der Wertschöpfungskette von der Forschung über die Produktion bis hin zu Beratung und Vertrieb im Land bleiben. Nachteile bei den Arbeitskosten müssen die Unternehmen durch höhere Produktivität, die Qualität ihrer Arbeit und eine gute Logistik ausgleichen. Unsere Wirtschaft wird den

Anschluss an die Weltwirtschaft insgesamt nur halten können, wenn das Wachstumspotenzial im Land nachhaltig erhöht wird.

2. Grundlagen des Wachstums

Mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer in der Industrie arbeiten schon heute in Unternehmen, die mindestens 4 % ihres Umsatzes für die Entwicklung von Produkten ausgeben. Viele Maschinenbauer bieten weltweit nicht nur Maschinen, sondern auch deren Installation und Instandhaltung an. Nachholbedarf besteht dagegen teilweise bei kleineren mittelständischen Unternehmen. Das Land ist zusammen mit den Kommunen gefordert, diesen Unternehmen durch Technologietransfer, die Förderung von Netzwerken und regionalen Clustern sowie professionelle Beratung zu helfen.

Die moderne Arbeitswelt ist von ständiger Erneuerung und Innovation bestimmt. Der dauerhafte Erfolg der Unternehmen im Land hängt damit entscheidend von der Kreativität der Unternehmer und ihrer Mitarbeiter ab. Kreativität braucht Raum, um sich entfalten, entwickeln und wachsen zu können. Die Unternehmen müssen von Bürokratie entlastet werden. Die Rolle der Arbeitnehmer ist durch Teilhabe zu stärken. Gewinn- und Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer stärken nicht nur das Eigenkapital der Unternehmen, sondern mobilisieren auch das Potenzial der Mitarbeiter. Dies gilt auch für die verschiedenen Möglichkeiten betrieblicher Mitbestimmung und eigenverantwortliche Arbeitszeitformen.

Baden-Württemberg hat in der Vergangenheit mehr als alle anderen Bundesländer vom Bevölkerungswachstum profitiert. Bevölkerungswachstum ist die Grundlage für eine solidarische Gesellschaft und deren ökonomischen Erfolg. Im Zuge der demografischen Entwicklung gewinnen Kinderreichtum, die Einbeziehung von Frauen ins Erwerbsleben sowie die Qualifikation und Weiterbildung der Beschäftigten – insbesondere auch der älteren Arbeitnehmer – an Bedeutung

3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt eine Herausforderung zukunftsorientierter, nachhaltiger Beschäftigungspolitik in Baden-Württemberg dar. Länder mit gut ausgebauten Strukturen der Kinderbetreuung haben eine höhere Geburtenrate.

Eine zukunftsorientierte, nachhaltige Beschäftigungspolitik muss jungen Paaren das Ja zu Kindern erleichtern und Grundlagen schaffen für eine tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu ist es notwendig, dass sich Unternehmen verstärkt mit den Anforderungen an Arbeitsbedingungen auseinandersetzen, die mit Familien- und Elternverantwortung verbunden sind. Familienbewusste Unternehmens- und Personalpolitik setzt auf flexible Arbeitszeitmodelle. Sie bezieht das persönliche Familienum-

feld in die Personalentwicklung mit ein und anerkennt die in Familienarbeit erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse. Dabei begleitet sie familienbedingte Unterbrechungszeiten kontinuierlich und fördert aktiv den Wiedereinstieg in den Beruf.

Nur mit dem verstärkten gemeinsamen Engagement von Politik und Wirtschaft wird es gelingen, aus theoretischen Optionen reale Perspektiven zu entwickeln.

Wir wollen die Wertschätzung der Gesellschaft für die Betreuungsleistung und die Erziehungsarbeit der Eltern in der Familie stärker zum Ausdruck bringen. Viele Väter und Mütter entscheiden sich ganz bewusst dafür, ihre Kinder in den ersten Lebensjahren zu Hause selbst zu betreuen, weil sie diese Verantwortung gerne übernehmen und Erfüllung in dieser Aufgabe finden. Das Engagement dieser Eltern hat Anspruch auf besondere Anerkennung und Unterstützung. Deshalb wollen wir ab dem Jahr 2013 ein Betreuungsgeld einführen als einkommensunabhängige Barleistung im Anschluss an das Elterngeld. Wie in dem Ausbau der Kleinkindbetreuung sehen wir darin einen wichtigen Beitrag zur Schaffung echter Wahlfreiheit für Familien.

Für Mehrkindfamilien soll die Unterstützung des Staates für jedes weitere Kind erhöht werden. Es soll auf einen adäquaten Bewusstseinswandel zu Gunsten der Familie hingewirkt werden.

Das Elterngeld stellt einen wichtigen Eckpfeiler moderner CDU-Familienpolitik dar. Es schafft den Eltern den nötigen finanziellen Freiraum, in den ersten Lebensmonaten ganz oder teilweise auf Erwerbstätigkeit zu verzichten und ganz für das Kind da zu sein.

Es ist gemeinsame Aufgabe von Politik und Wirtschaft und Gesellschaft, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass Frauen und Männer mit Familienverantwortung unabhängig vom Alter ihrer Kinder erwerbstätig sein können.

Eine gesicherte Betreuung ihrer Kinder erleichtert jungen Menschen das Ja zum Kind und bietet Verlässlichkeit für eine gleichzeitige Erwerbstätigkeit. Der konsequente Ausbau der Kinderbetreuung sollte unter folgenden Aspekten erfolgen:

- bezahlbar - auch wenn dadurch ein zusätzlicher Verdienst möglich wird,
- flexibel - hohe Flexibilität der Betreuungszeiten, auch während der Ferienzeiten,
- unbürokratisch - auch in der Nähe zum Arbeitsplatz nutzbar,
- flächendeckend bedarfsgerecht - Ausbau der Angebote an Ganztagesbetreuung in Kindertagesstätten, Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhäusern und Schulen sowie mit Tagesmüttern und -vätern entsprechend dem Bedarf vor Ort,

- vielfältig - unterschiedliche Konzepte, Träger und Initiativen werden unterstützt.

4. Bildung

Eine geregelte Betreuung ihrer Kinder erleichtert den jungen Frauen und Männern das Ja zum Kind und dem Elternteil, das zur Erziehung des Kindes Erziehungsurlaub nimmt, die reibungslose Rückkehr das Erwerbsleben.

Ein hochwertiges Bildungssystem, das Chancengerechtigkeit garantiert und den Einzelnen entsprechend seinen persönlichen Fähigkeiten optimal fördert, ist die unerlässliche Voraussetzung für eine nachhaltig positive Entwicklung des Arbeitsmarktes. Bildung soll den Menschen auch zu einer aktiven Gestaltung einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und globalorientierten Arbeitswelt befähigen.

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist die Grundlage für Bildung. Deshalb sind solche Defizite - sowohl bei Kindern mit Migrationsintergrund und deren Eltern, aber auch bei deutschen Kindern und Erwachsenen - möglichst früh zu beheben. Bereits im Kindergarten muss das Erlernen der deutschen Sprache sichergestellt werden. Auch in Schule und Berufsleben dürfen mangelnde Deutschkenntnisse nicht einfach hingenommen, sondern müssen durch Fördermaßnahmen behoben werden. Die Bereitschaft Jugendlicher und Erwachsener, die deutsche Sprache zu erlernen, soll für die Zahlung von Sozialleistungen zu Grunde gelegt werden. Sowohl in den Kindergärten und Schulen als auch in den ausbildenden Betrieben muss Deutsch zur verbindlichen Umgangssprache werden. Es bleibt Aufgabe des Landes zur Vorbereitung auf die Schule ein verpflichtendes drittes Kindergartenjahr einzuführen. Dies ist der Einstieg in die Beitragsfreiheit des ganzen Kindergartens, damit verbunden der Pflichtbesuch dieser Bildungseinrichtung. Baden-Württemberg muss wie bisher eine Vorreiterrolle in der Bildungspolitik wahrnehmen. Deshalb setzen wir uns für neue Wege in der Bildung ein. Von der frühkindlichen Bildung zur Schulreife über die Ausbildungsreife bis zur Hochschulreife werden die Angebote noch besser an die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und ihre Lebenswelten angepasst.

Die Träger der außerschulischen Jugendbildung leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Bildung und Erziehung junger Menschen in Baden-Württemberg. In vielen Vereinen, Verbänden, Initiativen und Institutionen werden Werte wie Fairness, Teamfähigkeit und Sozialkompetenz vermittelt, die im Berufsleben von erheblicher Bedeutung für ein erfolgreiches Arbeiten sind.

5. Ältere in Wirtschaft und Arbeitswelt

Der sich mittelfristig abzeichnende Mangel an qualifizierten Fachkräften macht für die Unternehmen Baden-Württembergs neue Beschäftigungsstrategien notwendig. Die

Wirtschaft muss die Erwerbsbeteiligung bislang älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausweiten.

Noch zur Jahrtausendwende lag der Anteil der Erwerbstätigen im Alter zwischen 55-64 Jahren in Baden-Württemberg weit unter dem erklärten Ziel der EU, die Beschäftigungsquote in dieser Altersgruppe europaweit auf über 50 % zu heben. Wir haben uns diesem Ziel genähert. Allerdings sind weitere Anstrengungen erforderlich. Die Erwerbsbeteiligung Älterer muss weiter gestärkt werden, auch als Mittel gegen den sich demografisch abzeichnenden Fachkräftemangel. Um weiterhin an der Spitze zu bleiben, muss die Wirtschaft zunehmend auf ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen - aus Interesse am eigenen Erfolg.

Ältere Arbeitnehmer sind ebenso leistungsfähig wie jüngere - wenn auch auf andere Weise. Durch im Erwerbsleben erworbenes Erfahrungswissen kompensieren Ältere ihre ggf. altersbedingt veränderte Leistungsfähigkeit. Sie verfügen über spezifische Stärken, die von den Arbeitgebern geschätzt werden: größere Übersicht über Arbeitsabläufe und Kommunikationsstrukturen, besondere Zuverlässigkeit und höheres Qualitätsbewusstsein. Oft identifizieren sich Ältere stärker mit dem Betrieb und sind kooperationsfähiger.

Neben dem Abbau von Anreizen zur Frühverrentung gilt es verstärkt, die Beschäftigungsfähigkeit im Alter zu erhöhen, um eine längere Lebensarbeitszeit auch tatsächlich zu erreichen. Arbeitsplätze, Arbeitsorganisation und Arbeitszeit müssen auf das veränderte Leistungsvermögen älter werdender Belegschaften flexibel ausgerichtet werden. Unternehmen müssen auch neue Karriereverläufe und Einsatzmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer ermöglichen. Wir wollen starre Altersgrenzen auf ihre Berechtigung überprüfen und plädieren für flexiblere Übergänge in die Nacherwerbsphase.

Wir unterstützen die Schaffung „demografiesensibler“ Unternehmenskulturen und offensives Gesundheitsmanagement in Unternehmen, um die körperliche und seelische Leistungsfähigkeit zu erhalten. Dazu gehört auch die gezielte Fortbildung älterer Arbeitnehmer.

Auch als Konsumenten müssen Ältere stärker Ziel unternehmerischer Strategien für Produktion, Marketing, Produktgestaltung Vertrieb, Service und Verbraucherfreundlichkeit sein.

Die Zukunft des Landes Baden-Württemberg hängt in starkem Maße von den Leistungen und Entwicklungen seiner Forscher ab. Die CDU Baden-Württemberg spricht sich deshalb dafür aus, dass auch weiterhin die Forschung an universitären Einrichtungen ideell und finanziell unterstützt wird. Dazu müssen ausreichend Plätze in den Master-

Studiengängen bereitgehalten werden. Wir fordern die Landesregierung außerdem dazu auf, den staatlichen Sockelbetrag für die Hochschulen in den kommenden Jahren nicht zu kürzen, sondern zu erhöhen. Sie werden in Zukunft noch mehr für altersspezifische Waren und Dienstleistungen ausgeben. Die Zahl älterer Menschen nimmt zu - daraus müssen auch Wachstumsschübe für unsere Wirtschaft werden. Die Gesundheitsbranche und Finanzdienstleistungen werden davon ebenso profitieren wie die Bereiche Freizeit und Wohnen, Unterhaltung, Tourismus und Kultur. Angebote müssen qualitativ an die Bedürfnisse und Gewohnheiten älterer Kunden angepasst werden; durch eine Veränderung der Benutzerfreundlichkeit und Gestaltung von Produkten, in Marketing, Service und Vertrieb.

Unternehmen müssen für neue Chancen des Marktes für Senioren sensibilisiert werden, sie müssen die Konsumbedürfnisse älterer Menschen berücksichtigen. Produkt- und Dienstleistungsentwicklung müssen sich an Älteren orientieren - durch eine Verbesserung des Designs von Hilfsmitteln für Ältere, Kranke und Behinderte sowie die seniorengerechte Ausrichtung von Marketing, Service und Beratung. seniorengerechte Ausrichtung von Marketing, Service, Beratung und Verbraucherschutz.

IV. Verantwortungsvoller Umgang mit den natürlichen Ressourcen

1. Eindämmung des Flächenverbrauchs

Die Inanspruchnahme freier Flächen in Baden-Württemberg nimmt seit 1996 wieder zu. Die CDU Baden-Württemberg ist nicht bereit, diese Entwicklung tatenlos hinzunehmen. Langfristig müssen wir auch beim Flächenverbrauch zu einer "Netto-Null" kommen, das heißt dass neue Flächen nur noch in dem Maße in Anspruch genommen werden, wie sie anderer Stelle entsiegelt und rekultiviert werden.

Das Ziel der landesweiten Netto-Null beim Flächenverbrauch darf gerade angesichts der im Ländervergleich führenden wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Baden-Württemberg nicht aus dem Blick geraten. Die weitere Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bedarf daher einer konzentrierten und integrativen Grundstückspolitik. Die Landesplanung gibt den Regionalverbänden einen Bedarfsrahmen für den Flächenverbrauch mit Aussagen zu den unterschiedlichen Raumkategorien vor, welche die jeweiligen regionalen Besonderheiten berücksichtigen. So wird die Zielsetzung der Reduzierung der Flächeninanspruchnahme regionalplanerisch konkretisiert

und die Umsetzung auf der Ebene der Flächennutzungsplanung ermöglicht. Die Regierungspräsidien und Landratsämter gewährleisten die einheitliche Umsetzung der Vorgaben.

Der Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ hat unverändert Gültigkeit. Er muss gerade bei den Verantwortungsträgern in Städten und Gemeinden mit größerer Ernsthaftigkeit als bisher zum Leitbild kommunaler Planung werden. Dies bedeutet Schließung von Baulücken anstelle weiterer Ausweitung der Siedlungsfläche, Revitalisierung oder Renaturierung von Industrie- und Gewerbebrache sowie die Aktualisierung bzw. Erneuerung kommunaler Flächenbilanzen und die Baubrachflächenerhebung. Die Brachflächenerhebung muss zum Standardinstrument vor der Ausweisung von Bauland durch Kommunen werden.

Die Förderprogramme des Landes sollen verstärkt dazu beitragen, unbebaute Flächen im Innenbereich zu aktivieren und die anhaltende Überbauung land- und forstwirtschaftlicher Flächen zu minimieren. Die Renaturierung nicht mehr benötigter ehemals überbauter bzw. versiegelter Flächen durch die Öffentliche Hand, vor allem aber auch durch private Eigentümer bedarf politischer, fiskalischer und finanzieller Impulse. In Frage kommt etwa die gezielte Förderung über das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, aber auch über private Initiativen z. B. im Natur- und Landschaftsschutz.

2. Nachwachsende Rohstoffe nutzen

Die verstärkte Nutzung vorhandener natürlicher und nachwachsender Ressourcen an Energie und Rohstoffen im Land ist ein Gebot nachhaltigen Wirtschaftens. Es geht um die Verminderung des CO₂-Ausstoßes, um die Schonung und Sicherung der endlichen fossilen und mineralischen Rohstoffe sowie um die Vermeidung von langen Transportwegen und auch um die konsequente Wahrnehmung der Entwicklungschancen des Ländlichen Raums.

Wir wollen Baden-Württemberg zum Vorreiter bei der Nutzung nachwachsender Rohstoffe machen. Wir begrüßen den von der Landesregierung beschlossenen Biomasse-Aktionsplan sowie den Fünf-Punkte-Plan zum Ausbau der Bioenergie im Land.

Wir wollen:

- mehr Strom- und Wärme aus natürlichen Rohstoffen (vor allem Holz, Gülle und landwirtschaftliche Biomasse),
- die Attraktivität der Erzeugung und Beimischung von Kraftstoffen aus Biomasse weiter fördern,

- stärkere Nutzung des Baustoffs Holz aus heimischen Wäldern,
- verstärkte Nutzung heimischer anstelle standortferner Rohstoffquellen (Steine, Ziegel, Kies) beim Hoch- und Tiefbau.

3. Regionalvermarktung und Klimaschutz

Die zunehmende Globalisierung hat bei vielen Menschen wieder verstärkt den Blick auf die Heimatregion gelenkt und das Vertrauen in die Kraft der eigenen Region gestärkt. Die Überschaubarkeit des Naheliegenden wird als Vorteil gegenüber dem unübersichtlichen Fernen wahrgenommen.

Die Folgen der an den natürlichen Ressourcen zehrenden, vor allem zum Export bestimmten Produktion von Lebensmitteln, Biorohstoffen und Industriegütern in Ländern mit geringeren Sozial- und Produktionsstandards tragen maßgeblich zur Klima- veränderung bei. Um diesen Fehlentwicklungen zu begegnen, müssen wir in unserem Einflussbereich und im eigenen Wirkungskreis durch verantwortungsvolles Handeln als Verbraucher die Nachhaltigkeit fördern.

Der verstärkte Ausbau der regionalen Wirtschaftsbeziehungen ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Jeder einzelne Verbraucher kann diese durch den Kauf regionaler Produkte unterstützen und Verantwortung übernehmen.

Mit dem Kauf regionaler Lebensmittel leisten die Verbraucher einen Beitrag

- zur Verminderung von Lebensmitteltransporten. Damit wird der Ausstoß von klimaschädlichen CO₂-Emissionen reduziert. Die Straßen werden vom Speditionsfernverkehr entlastet.
- zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Verarbeitungs- und Vermarktungsbetriebe. Durch erhöhte Nachfrage werden Umsätze und Gewinne regionaler Produzenten und Vermarkter steigen. Sie gewinnen finanziellen Spielraum für Investitionen zur Rationalisierung und für umweltfreundliche und energiesparende Techniken.
- zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und in der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte in der Region. Die Pendlerwege werden kürzer, was ebenfalls Auswirkungen auf den Verkehr und damit die CO₂ –Emissionen hat. Wirtschaftskraft und Steuereinnahmen bleiben in der Region. Die Leistungsfähigkeit der Kommunen beim Ausbau der Infrastruktur und umweltfreundlicher Energiesysteme wird gestärkt. Dies führt ebenfalls zu einer Verminderung klimaschädlicher Gase.

- zur Stärkung der landwirtschaftlichen Betriebe und Sicherung der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelerzeugung in der Region. Die Landwirtschaft bleibt in der Produktion und gewährleistet damit Ernährungsversorgungssicherheit. Die Offenhaltung der Landschaft durch Tierhaltung und Pflanzenproduktion ist ein wichtiger Beitrag zum Erhalt unserer einzigartigen Kulturlandschaft als Markenzeichen Baden-Württembergs. Erhalt der Landschaft durch Produktion ist dem Landschaftserhalt durch pflegerische Tätigkeiten vorzuziehen. ("Schützen durch Nützen") Der Vertragsnaturschutz soll auch in Zukunft Vorrang haben vor der Ausweisung von Naturschutzgebieten.
- zur Stärkung des Heimatgefühls und des regionalen Bewusstseins der Bevölkerung. Damit gehen ein hoher Wohlfühlwert und Identifikationswert der einheimischen Bevölkerung einher. Urlaub im eigenen Land wird als Alternative zur Urlaubsreise mit dem Flugzeug in entfernte Länder attraktiv. Die reisebedingten klimaschädlichen Emissionen werden so reduziert.